

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Einzelpreis 2 Mark

Bezugspreis: monatlich 54 M., ohne Subskriptions- und Postgebühren, Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und andere Anzeigenstellen entgegen. **Abend-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Spalte 24 mm breite mit 6 Spalten 4.-M. Die Spalte 30 mm breite mit 12 Spalten 6.-M. Abat nach Tarif. Erhaltungskarte Halle-Saale. **Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5610. — Postkassentext: Leipzig 20512. **Mittwoch, 2. August 1922** **Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 80. Fernruf Uni Kurier Nr. 9309 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Ernst von Otto Uebele, Halle-Saale

Das letzte Wort Voinearés

„Ausgleichsmaßnahmen“ vom 5. Aug. ab

Koincear hat gestern dem deutschen Geschäftsträger, Votschaftskrat von Hoeck, folgende Antwort übermitteln: **Paris, 1. August.**

Der Geschäftsträger
Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom heutigen Tage zu bestätigen, der auf meine Mitteilung vom 26. Juli antwortet. Mit Bedauern muß ich feststellen, daß Ihre Antwort nicht die in meinem Brief geforderten Zusicherungen enthält. Das Abkommen vom 10. Juni 1921 wurde damals zwischen Deutschland und den verfeindeten alliierten Mächten geschlossen. Seine Durchführung kann daher in der Zeit nur aus einem einseitigen Willkürakt hervorgehen, der die vertraglich gebundenen Mächte herabwürdigt. Die Regierung Frankreichs hat Ihnen bereits mitgeteilt, daß sie nicht daran denke auf Grund der deutschen Note vom 14. Juli Maßnahmen vorzunehmen. Die französische Regierung hat daher das Recht, zu verlangen, daß innerhalb der in meiner Note vom 26. Juli gewährten Frist, das heißt vor dem 5. August mittags, die Verzinsung abgeben wird, daß, bis die unerlässliche Ueberreicherung an jener Abänderung gewährleistet ist, das Abkommen vom 10. Juni ganz und gar angewendet wird und daß die Fälligkeitsumme von zwei Millionen Pfund Sterling am 15. August bezahlt wird. Wenn diese Zusicherung nicht gegeben wird, hat die französische Regierung das Recht, um die Anwendung des bestehenden Vertrages sicherzustellen, „Ausgleichsmaßnahmen“ zu ergreifen, die sie im Interesse für vieler eigenen Staatsangehörigen und derer der anderen alliierten Staaten, die das Abkommen unterschrieben haben, für notwendig erachtet. Diese Maßnahmen werden, wie ich bereits angeführt habe, vom 5. August ab in Kraft treten und die französische Regierung plant nicht, heute schon den vollständigen Plan, der hierfür erforderlich ist, bekanntzugeben zu können. Unter diesen Umständen an den Ausführungen der Note vom 1. August bemerkt die französische Regierung nur, daß die deutsche Regierung nicht die gesuchten Zusicherungen macht, um die Zahlung der geschuldeten Summe an die alliierten Mächte durch die wirklichen Schuldner, das heißt durch die bestehenden Privatleute, sicherzustellen, die nach den letzten uns zugegangenen Meldungen durch ihre Ankäufe fremder Devisen zu dem gegenwärtigen Markkurs beigetragen haben.

(ans) Koincear.

Eine englische Note

w. London, 2. August.
Großbritannien teilt eine Note an Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Rumänien und Portugal, in der es erklärt, daß es infolge des Zerlegens der Vereinigten Staaten, daß Großbritannien die Amerika geschuldete Summe in Höhe von 80 Millionen Pfund Sterling zurückzahlt, genügt sei, die Rückzahlung der Schulden der Alliierten an Großbritannien in der Höhe von 1000 Millionen Pfund Sterling zu verlangen. Die Note betont, daß die britische Regierung mit großem Bedauern die Idee aufhebt, alle Kriegsschulden und Reparationen zu tilgen, aber sie erklärt, Großbritannien könne Amerika nicht bezahlen und gleichzeitig den Verbindlichkeiten ihre Schulden erlassen. Die Note erklärt ferner, Großbritannien verlange nur, daß die Verbindlichkeiten eine Summe betragen, die Großbritannien in den Stand setze, seine Schuld bei Amerika zu begleichen.

gierung den Vorschlag im Auswärtigen vorbereitet und das General-Komitee als Oberkommando der für das Auswärtige bestimmten Streitkräfte in Aussicht genommen sei.

Die britische Regierung wurde am 28. Juli benachrichtigt, daß Voinear am nächsten Montag in London eintreffen wird. Britain wird bei der Konferenz durch den italienischen Votschaftskrat in London und Genéve vertreten sein.
Der Pariser Korrespondent des „Daily Chronicle“ erklärt, Voinear sei nicht ganz einverstanden damit, daß der Umfang der am Montag beginnenden Erörterung beschränkt sein solle. Wenn Deutschland ein Moratorium bewilligt werden solle, müsse nach Frankreichs Auffassung seine Tragweite und Natur in der nächsten Woche in London festgelegt werden. Wegen der Frage von Entzogen und der Devisenfrage sei Voinear nicht abgeneigt, die Erörterung bis September aufzuschieben, wenn dafür eine endgültige Entscheidung über die Reparationsfrage getroffen werde.
Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, vermutlich werde der Votierentscheidungsprozeß eingeleitet werden, innerhalb der nächsten Woche zusammenzukommen, um die Bedingungen für eine deutsche Wiederaufbau- und Wiederherstellungsanstalt zu erörtern.
Die „Information“ teilt mit, daß die fünf Mitglieder des Garantiekomitees, die aus Berlin zurückgekehrt sind, sich über den Schlußbericht, den sie der Reparationskommission übermitteln sollen, nicht einigen können. Der Ausschuss habe täglich lange Sitzungen ab, um sich auf die endgültige Festlegung zu einigen. Die offizielle Uebersetzung des Dokumentes sei unter diesen Umständen um einige Tage aufgeschoben worden. Man erinnert sich, daß die Fertigstellung des Berichtes schon für den 25. oder 26. Juli angekündigt war.

Eine französische Rufraktion in Vorbereitung?

Aus London wird gemeldet:
In maßgebenden politischen Kreisen Englands sieht man der Zukunft recht pessimistisch entgegen. Die Verzögerung der Rabinerabkommen in Italien ist Lloyd George ganz gleichgültig, da sie als guter Grund anzusehen war, die Londoner Konferenz noch um einige Zeit zu verschieben. Lloyd George hat versucht, die ihm zur Verfügung stehende Zeit zu auszunutzen, aber ohne großen Erfolg. Man glaubt hier nicht, daß die Konferenz vom 7. August in der Geschäftsdringungsfrage schon eine Entscheidung bringen wird, sondern vielmehr nicht, weil die Vereinigten Staaten wiederum nicht offiziell teilnehmen wollen und auch weiteren Anteil an europäischen Überlegenheiten nicht nehmen.
Man befürchtet daher, daß die neue Londoner Konferenz nichts anderes bringen wird als eine weitere Verzögerung der Entscheidung über das Entschädigungsproblem auf einen November. Würde dieser Fall tatsächlich eintreten, würde Frankreich bis dahin weder von Deutschland größere Entschädigungsabmachungen, noch von Amerika eine Anleihe erhalten oder würde Amerika sich bis dahin auch weigern, Deutschland eine größere Anleihe zuzubilligen, dann dürfte die innerpolitische Lage Frankreichs, nach der Ansicht vieler Politiker, kritisch werden. Frankreich braucht — das wird hier allgemein anerkannt — dringende Geld und kann bis November nicht mehr warten. Deshalb beurteilt man die Lage hier sehr ernst und man befürchtet, daß Frankreich doch noch an Schwierigkeiten gegenüber Deutschland scheitern wird.
Es ist bemerkenswert, daß der „Daily Telegraph“ schon dieser Tage aus Paris zu melden wagt, daß in Frankreich eine Revolution drohe, wenn Deutschland nicht zahle, und es verleierte hier bereits mit arabischer Bestimmtheit, daß die französische Re-

Geldmangel

w. Berlin, 2. August.
Von unbekannter Seite wird mitgeteilt, daß die Folgen des Streiks der Votierpresse noch nicht gänzlich überwunden sind. Es fehlt an kleinen Scheinen. Die Reichsbankhauptstelle konnte in der Hauptstadt nur mit Tausen- und Hunderttausendmarktscheinen beliefert werden. Eine große Gefahr für die ausreichende Belieferung der einzelnen Firmen mit Geld liegt darin, daß Großindustriebetriebe, besonders in Sachsen und im Rheinland, Geldscheine über Bedarf hamstern. Aus Breslau liegt eine Nachricht vor, daß das dortige Postfachamt und die Reichsbankhauptstelle zahlungsunfähig gewesen seien. Eine große Anzahl Betriebe war infolge dessen nicht in der Lage, die Gehälter auszugeben.
Dollar: 792 nach 750

Französische Erpresserpolitik

„Deutschland flammert sich verweigert an den verborenen Welt nicht entwerteten Geldes. Wenn dieser Akt erfüllt, bleibt nur übrig, Deutschland der Gnade Gottes anheimzugeben.“ — Diese Worte entnommen der jüngsten Rede des britischen Ersten Ministers Lloyd George. Soweit ist also die Entente, soweit ist die deutsche Regierung mit ihrer Politik des Nachgebens, Protestierens und wieder Nachgebens gekommen, daß der einzige Mann, von dem man in weiten Kreisen Deutschlands eine energische Unterstützung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik erwartete, nun Deutschland der Gnade Gottes empfiehlt. Mit frommen Augenaufschlag, wie es sich für einen edlen Engländer gehört, beschneidet dieser Mann das Risiko einer Politik, die auch die letzte gewesen ist. Man er auch nicht überall tonangebend gewesen sein, mag er sich dem Kultus der reinen Gewalt, der in den französischen Staatsmännern seine Vertreter findet, bis und da mit mehr Entschlossenheit als Laikart widersteht haben, der Mann, der an der Spitze eines tiefen Weltreises wohl in der Lage gewesen wäre, den Dingen einen andern Lauf zu geben, er hat versagt, hat sich als Schwächling erwiesen. Die Folgen seiner Schwäche trägt zunächst das deutsche Volk im Verein mit seinen Schicksalsgenossen des Weltkrieges. Wenn es auch feststeht, daß bei der Verhinderung aller Länder und Völker in dem großen Krieg der Weltwirtschaft auch Großbritanien unter dem Zukunftsstand der deutsche auch Großbritanien leben wird, so bedeutet das für England doch keine Verheißung. Es kam uns auch wenig trocken, daß der britische Welthandel Schaden nimmt, wenn wir zugrunde gehen. England hat es noch immer verstanden, gewaltam abgegrenzte Fäden an anderer Stelle wieder anzufassen. Wie viel Nordamerica, das aufsteigende britische Weltreich! Er hat nicht vermocht, die Ausbreitung der englischen Flagge zu beugen. Deutschland ist auf dem Globus nur ein unwirker Punkt. Das deutsche Volk genügt die Bedeutung, die es vor dem Kriege ohne Zweifel besaß, nur durch seine nationale Macht und seine gewaltige, bewundernswürdige, unerschöpfliche Kraft und Ordnung. Was ist davon heute übrig geblieben? Und je mehr wir von dem verlieren, was wir aus den Schicksalschlägen des Krieges und der Revolution zu retten vermochten, umso geringer wird das Interesse der Welt an dem Fortleben des deutschen Volkes.

Während uns der englische Ministerpräsident der Gnade Gottes empfiehlt, rüftet der französische aus entscheidenden Schläge. Die Antwort der französischen Regierung auf unser beiderseitiges Stimmungsgeheimnis für die sogenannten Ausgleichsabmachungen ist sowohl durch die enorme Ablehnung, auch des geringsten Entgegenkommens, verbunden mit neuen unerfüllbaren und unannehmbaren Forderungen, als auch durch den drohenden und brutalen Ton als untrüglichen Zeichen des sich vorbereitenden Umschwungs in der französischen Politik zu bewerten. Noch härter geht das aus dem heutigen Schreiben Voinearés auf die deutsche Antwort hervor. Das Schreiben läßt an Stärke wie an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man sieht es ihm an, es ist nicht erst nach dem Eintreffen der deutschen Antwort fertiggestellt, es lag wohl schon lange im Rollen und soll jetzt seine Schuldigkeit tun. Man lasse sich nicht durch die leichtfertige Spottrede täuschen, daß die Gewalt- und Erpresserpolitik Frankreich selbst ins Unglück stürzen müsse und daher von der französischen Regierung ernsthaft nicht befolgt werden könne. Sie ist grundfalsch. Die Finanzen Frankreichs sind unrettbar gerüttelt; aus eigener Kraft kann Frankreich sein finanzielles Gleichgewicht nicht wiederherstellen, es sei denn, daß es auf seine europäischen Stellung verzichtet und sich auf die Rolle eines mittleren Vorkämpfers, eines von der Art Spaniens, beschränkt. Aber die Finanzen kann, wird zugunsten müssen, daß dieser Weg ohne Zweifel nicht beschritten wird. Der andere aber folgt den Spuren des ersten Napoleon und führt durch ein Meer von Blut und Glend über die Trümmer Deutschlands hinweg zu einer unbeschränkten Selbstherrlichkeit über ein knechtetes, unfreies Europa. Von uns allein hängt es ab, ob wir diese Epoche unmenbareren Lebens als eine einzige Nation ererbten wollen überleben und nach dem Zusammenbruch des französischen Wahns eine neue Periode unterer Weltkrisis bestimmen werden, oder ob wir fortgesetzt und selbst völlig einseitig zu unserer Katastrophe beizutreten, aus der es kein Entkommen mehr gibt.
Da wir keine Waffen haben, dem durchgehenden Willen unserer erbitterten Feinde zu begegnen, so kann die als-

Halle und Umgebung

Halle, 2. August.

Man möchte am liebsten...

Der Mensch ist nun einmal ein höchst eigenartiger Gegenstand. Sein ganzes Leben ist eine fortgesetzte Befähigung und Schulung des höchsten Sinnes: „Entschere dich, was dir beschwerlich, genieße gern, was du nicht hast.“ Was man hat, ist selbstverständlich, belanglos, überflüssig. Man schreit in der Jugend nach dem Entscherten und weidet sich am Genuß der Lust, es entbehren zu müssen. Immer möchte man am liebsten das, was man nachher ganz bestimmt nicht tut.

Wenn die liebe Sonne die so recht warm und wohlighin lächelt, um im Abstand von einigen Monaten selbst im Jahre 1922 vorzukommen soll, dann höflichst zu ganz früher schon die kühleren Tage und möchte am liebsten in einem leichten, hübschen Kleider gehen. Wer am Äquator ist, möchte am liebsten am Nordpol sein; wer an der See ist, unterläßt sich über die höchsten Gebirge.

Infero an Eigentümlichkeiten ja nicht so ganz arme hochgeschätzte Gegenstände hat nun eine ganz neue Art von Kräftearten ankommen lassen und damit eine neue Beschäftigung im Kaufmann geschaffen: Der Kaufmann möchte am liebsten nicht verkaufen, die Waffnisse oder die Ware liegen lassen, seinen Finger rühren, manöbeln, jubelnd liegen lassen und dann nachher an der eigenen Zukunft erfolglos freizeitspenden, das möchte man am liebsten. Natürlich tut man es nicht, und das mit Recht, denn die Gade hat doch, so verlockend sie erscheinen mag, einige kleine Schäden. Lieber Freund, wenn du heute 100 Mark verdienst, so fänd es zwar vielleicht nur noch richtige 100 Pfennig, aber wenn du einige Monate wartest und dann selbst 300 oder 300 Mark verdienst, dann sind es gewiß keine 300, auch keine 300, wahrscheinlich auch keine 100 Pfennig mehr. Um dich zu langweilen, Gehst du ins Geschäft, und heute ist heut. Hast du heute keine Ware liegen, so fändst sich morgen die Konkurrenz und schließt die Läden, die sich nie wieder demjenigen öffnen, der sie nicht entlassen ließ. Wenn er auch am liebsten aufpassen möchte, führt der Kaufmann doch fort, zu fabricieren, der Kaufmann zu verkaufen, denn das ist schließlich ihres Berufes. Wenn allerdings der Käufer die mit dem Stundenslohn springenden Preise hört, dann möchte er am liebsten aus der Haut fahren, was er bemängelt — auch nicht tut.

Die verderblichen Folgen der Getreidemlage

Eine Denkschrift des Landbundes Provinz Sachsen.

Der Landbund Provinz Sachsen will sein Mittel unversucht lassen, auch jetzt noch immer wieder auf neue Beweise hinwirken, was möglichste schnelle Beseitigung der Getreidemlage zu erreichen. So hat er jetzt wiederum einen Beschlusse des Gesamtverbandes folgend, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sowie allen anderen einschlägigen Regierungsstellen die nachfolgende Denkschrift überreicht, die der Bitte, die unter Ziffer 1 und 2 angelegten Abhilfemaßnahmen sofort heranzuführen zu wollen:

„Trotz der einmütigen Ablehnung der Landwirtschaft ist die Lage Getreide geworden. Bei ihrem Kampf gegen die Inflation haben die Vertreter der Landwirtschaft immer und immer wieder auf die schädlichen Folgen hingewiesen, die das Getreide voraussetzt für die künftige Getreideerzeugung Deutschlands haben würde. Es hat den Anschein, als sollten diese Befürchtungen immer und in erhöhtem Maße erfüllt werden, als noch vor wenigen Wochen selbst gut bewirtschaftete landwirtschaftliche Betriebe sich zu entschließen, die Produktion zu einstellen. In manchen Wirtschaften macht die Einkünderung gegenüber der Preissteigerung 80-90 Prozent aus. Auch können neuerdings vor allem in Gebieten mit ausgeprägtem Kleinbau, die Abstellung von fünfzigsten Dingen in verletzlichen Maße so, da bei dem nach politischen anstatt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten festgesetztem Weltmarktpreis die Anwendung von fünfzigsten Dingen unmöglich ist. Die Folgen werden sich in einem starken Rückgang der Anbaufläche und der Erträge des nächsten Jahres zeigen.“

Da bei weiterer Entwertung unserer Mark ein Einfluß von Auslandsgetreide, wenn überhaupt, nur in beschränktem Maße möglich sein dürfte, sind schleimigste Abhilfemaßnahmen erforderlich, wenn anders die Ernährung der Bevölkerung in den großen Städten und Industriezentren im nächsten Jahre nicht auf das schwerste gefährdet werden soll. Als solche Abhilfemaßnahmen kommen in Betracht:

1. Eine ungeschnittene, in lebender Form abgegebene Erklärung der Regierung, daß sie im nächsten Jahre auch für Ersatz der freien Wirtschaft einfließen wird.
2. Die Befreiung des Lebensmittelpreises, der dem Erzeuger die Produktionskosten ersetzt, um einen angemessenen Interessenzuschlag sicher zu haben die Fortführung seiner Wirtschaft in dem bisherigen Umfang bis zur nächsten Ernte ermöglicht.

Da der Landwirt für das kommende Jahr aufstellen muß, ist höchste Hilfe geboten.

Als große, in erster Linie auf das Gemeinwohl unersetzliches Bedenken herangezogen werden dürfen, daß die Regierung ebenfalls ernst wie dringend, die von uns vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen umgehend durchzuführen und sich von dem wirtschaftlich für richtig Erkennen nicht wieder durch politische Erwägungen abbringen zu lassen.“

Auf dem 1. August hatte der Oberpräsident die verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen erneut nach Halleburg geladen, um entsprechend einer Anregung des Getreidekommissars für Vollerhebung die Verteilung der Getreidemlage nunmehr nach der landwirtschaftlichen Sachlage geordnet zu werden. In der Verhandlung, die einen vertraulichen Charakter trug, wiederholten die Vertreter der Landwirtschaft einschließlich des Reichstages der Wirtschaftsländer, im wesentlichen ihre bereits im Juli abgegebenen Erklärungen, welche darauf hinwiesen, daß die Inflation in ihrer jetzigen Form unzulässig aufzunehmend ist und daß Erzeuger wie Verbraucher gleich schwer durch sie getroffen werden.

Über alle diese Verträge und Verhandlungen jedoch eilt die Zeit und die Entwertung der Mark unaufhaltsam weiter, ohne daß ein zeitlicher Weg gefunden wird. Immer klarer aber wird es nach einem schärferen Blicke so vor, daß die letzten Verfügungen der Landwirtschaft — freiwillige Aufbringen von 2½ Millionen Tonnen Getreide als Sicherheitsfaktor für 1922 und Brotzubereitung für die notwendigen durch eine allgemeine Brotzubereitung — feinerzeit fargerade abgelehnt wurden!

Reform der preußischen Hochschulen

Im preußischen Staatsministerium (spätere Erörterungen über die Ausarbeitung eines Entwurfes der Reformarbeiten der Studierenden an den preußischen Hochschulen im republikanischen Geiste regeln soll. Die Materie ist aber über die ersten Schritte noch nicht gegeben, es ist überhaupt zweifelhaft, ob die geäußerten Wünsche durchführbar sind, die in den Hochschulen einseitig orientierte Stätten der Reformation seien wollen. Als eine solche einseitig orientierte Stätte oder Hochschule der Reformation ist ja bekanntlich, bei dem gewissen Reuten, auch unsere Markthalle Halle verstanden. Sie würde daher sicherlich mit als eine der ersten Universitäten „reformiert“ werden.

Auß der Partei

Zusammenkunft der Gruppe Mittelweg. Am 28. Juli fand eine außerordentliche Versammlung des landwirtschaftlichen Volksvereins im „Festsaal Mittelweg“. Der Gruppenleiter hielt alle Versammelten herzlich willkommen und bat zuerst Herrn S. um einige Vorträge, die dieser auch in Form von Gebirgsreden hielt. Besonderen Dank verdienen für ihre gelungene Vorträge die Herren S., Herr Brandt und Herr K. Herr Brandt, der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Volksvereins, hielt einen sehr interessanten Vortrag über die Bedeutung der Landwirtschaft in unserer Zeit. Er sprach über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Landwirte und die Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft. Er sprach auch über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Landwirte mit den anderen Berufsständen und die Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft. Er sprach auch über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Landwirte mit den anderen Berufsständen und die Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft.

Die Gruppe Nordost des landwirtschaftlichen Volksvereins hat am Freitag, den 4. August, abends 8 Uhr, im „Raiserhof“ eine Zusammenkunft, die außerst interessant zu werden verspricht. Die Rede des Vorsitzenden, Herrn Dr. W., wird über die Bedeutung der Landwirtschaft in unserer Zeit handeln. Er wird auch über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Landwirte mit den anderen Berufsständen und die Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft sprechen. Er wird auch über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Landwirte mit den anderen Berufsständen und die Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft sprechen.

Die Entwürfe über die neue Städte- und Landgemeindeordnung

Die landwirtschaftlichen Volksvereins hat am Freitag, den 4. August, abends 8 Uhr, im „Raiserhof“ eine Zusammenkunft, die außerst interessant zu werden verspricht. Die Rede des Vorsitzenden, Herrn Dr. W., wird über die Bedeutung der Landwirtschaft in unserer Zeit handeln. Er wird auch über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Landwirte mit den anderen Berufsständen und die Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft sprechen. Er wird auch über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Landwirte mit den anderen Berufsständen und die Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft sprechen.

Gemeinden und Gewerbetreuer

Die Zusammenkunft der Gewerbetreuer durch die Gemeinden hat in letzter Zeit in der Öffentlichkeit großes Interesse hervorgerufen. Wird doch teilweise der gesamte Reinertrag des Gewerbes und noch mehr (Zuschläge über 10 000 Prozent) auf keine Seitenhieb weggeführt. Zahlreich sind aus diesem Grunde auch die Vorschläge zur Neuordnung des gesamten kommunalen Steuerwesens, zumal in nächster Zeit eine Novelle zum Gewerbesteuergesetz den Regierung tragen soll. Beachtenswert sind die Ausführungen die das Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Dr. Verthold (Halle-Diemitz), im neuesten Heft der Mitteldeutschen Nachrichten über diesen Gegenstand macht. Nicht im Gegensatz zu den Gemeinden, sondern im gemeinsamen Interesse mit den Gemeinden können Reich und Gewerbetreibende dem Uebel abhelfen. Der Anteil der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer muß auf 60 Proz. erhöht werden; die Gewerbetreuer muß in eine Einkommensteuer umgewandelt werden, deren Steuerpflichtigen Kreis größer sein dürfte als bisher. Ein Uebertreten der Leitung der kommunalen Verwaltung erscheinen weiter geeignet eine Verringerung des Steuerbeitrags der Gemeinden herbeizuführen.

Wo bleibt das Hausgehilfengefetz?

Als im Herbst vorigen Jahres der vom Reichsarbeitministerium aufgestellte Entwurf eines Hausgehilfengefetzes nach langen Beratungen mit den Organisationen der Hausangehörigen und den Hausfrauenvereinen veröffentlicht wurde, hielt es, daß die Vorlage in einigen Monaten durch alle parlamentarischen Stadien hindurchgegangen sein werde. Seitdem sind 8 Monate verstrichen, das Hausgehilfengefetz hat aber noch immer in den Beratungskommissionen, in Reichstagskommissionen, dem Reichsrat und der Reichsregierung überleben werden. Die Verzögerung ist deshalb auffällig, weil die Notwendigkeit einer Regelung des Verhältnisverhältnisses zwischen den Hausangehörigen und den Arbeitgeber bereits vor drei Jahren, als die alten Gewerbeordnungen mit einem der damals üblichen reaktionären Federstriche beseitigt wurden, hervorgerufen ist. Der Gesetzgeber stand in diesem Falle allerdings vor einer besonders schwierigen Aufgabe. Sollte er doch Normen für Beziehungen festlegen, die wie auf keinem anderen Gebiete des Arbeitsverhältnisses nicht schlichtmännlich behandelt werden dürfen. Die Vertreter zahlreicher Arbeitervereine lassen sich nicht nicht geben, sondern vielmehr das ganze Hauspersonal in die allgemeine sozialpolitische Bewegung hineinbringen, es also mit der Ungelegenheit der Lebensführung, dem schätzbarsten Arbeitslohn und Vergütung mehr beglücken. Es liegt auf der Hand, daß namentlich die weiblichen Hausangehörigen eine solche Verringerung des Wohlstandes mit einem der damals üblichen reaktionären Entwurf verurteilt wird, herbeigeführt werden müssen. Bis hier ist das noch nicht gelungen.

Im Reichsarbeitministerium, dem der Entwurf für ein Hausgehilfengefetz übergeben war, hat man sich mit der Materie nicht gründlich befaßt und sie bis zur Schmelze der dritten Sitzung gebracht, dann aber die Verhandlungen abgebrochen, weil die gewerkschaftlichen Mitglieder ihre weitere Mitarbeit verweigerten. Den letzten Anstoß zum Abbruch gab die Meinungsverschiedenheit über die Regelung der Arbeitszeit für das Hauspersonal. Die Regierung wollte die Arbeitszeit auf 8 Stunden festsetzen, die Gewerkschaften auf 10 Stunden. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, weil die Gewerkschaften ihre weitere Mitarbeit verweigerten. Den letzten Anstoß zum Abbruch gab die Meinungsverschiedenheit über die Regelung der Arbeitszeit für das Hauspersonal. Die Regierung wollte die Arbeitszeit auf 8 Stunden festsetzen, die Gewerkschaften auf 10 Stunden. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, weil die Gewerkschaften ihre weitere Mitarbeit verweigerten.

Eine wichtige Entscheidung für Reisende. Derjenige, der ohne Fahrkarte im Eisenbahngelände verkehrt, wird, ob die Fahrkarte verloren hat und den Verlust nicht feststellen kann, sich nach der Verkehrsbehörde für die Ausgabe einer Fahrkarte zu entscheiden. Die Verkehrsbehörde wird die Ausgabe einer Fahrkarte nur dann bewilligen, wenn der Reisende die Fahrkarte verloren hat und den Verlust nicht feststellen kann. Die Verkehrsbehörde wird die Ausgabe einer Fahrkarte nur dann bewilligen, wenn der Reisende die Fahrkarte verloren hat und den Verlust nicht feststellen kann.

Seine weitere Ausbesserung des Zwangsversteigerungsgesetzes. Gegenüber Gerüchten in der Reichsversammlung, die eine Ausbesserung des Zwangsversteigerungsgesetzes in Aussicht genommen sei, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erklärt, daß eine solche Ausbesserung niemals beabsichtigt gewesen ist. Die Ausbesserung der ererbten Zwangsversteigerung (160 Prozent der Zwangsversteigerung) ist für Juli bereits erfolgt. Die Beamten, die Zwangsversteigerung erhalten werden, werden die Erhebungen (160 Prozent) ebenfalls für August erhalten.

Regelung der Höhe des Stabilitäts-Stammfaktors. Die Höhe des Stabilitäts-Stammfaktors ist für Juli bereits erfolgt. Die Beamten, die Zwangsversteigerung erhalten werden, werden die Erhebungen (160 Prozent) ebenfalls für August erhalten.

Regelung der Höhe des Stabilitäts-Stammfaktors. Die Höhe des Stabilitäts-Stammfaktors ist für Juli bereits erfolgt. Die Beamten, die Zwangsversteigerung erhalten werden, werden die Erhebungen (160 Prozent) ebenfalls für August erhalten.

Das Wetter am Donnerstag:

Wetterbericht der „Halle'schen Zeitung“
— Die am Donnerstag, den 3. August, in der Halle'schen Zeitung veröffentlichte Wettervorhersage für den 3. August lautet: Ein Hoch über dem Nordseegebiet bringt uns am Donnerstag ein wolkenreiches, aber nicht regnerisches Wetter. Die Temperatur wird sich im Laufe des Tages zwischen 10 und 15 Grad Celsius bewegen. Am Freitag wird ein Hoch über dem Nordseegebiet die Wetterlage bestimmen. Die Temperatur wird sich im Laufe des Tages zwischen 10 und 15 Grad Celsius bewegen.

Voraussetzliche Witterung am 3. August:
Tages, mäßig warm, anhaltender Regenfälle.

MOORE
Halle'scher Markt 1 u. 2
Albert Marfick Nachf.
Besichtigung erboten — Günstige Preise.



Was Finnländer aus Petersburg erzählen

Aus Helsinki schreibt uns unser K.-Korrespondent: Der Verbleib zwischen Petersburg und Helsinki...

Landarbeiterstreik

Unterhalt, 1. August. In Unterhalt und fünf umliegenden Dörfern sind heute...

Raubmord

Weißenfels, 1. August. Im Bodeßfeld wurde der Schneidermeister...

hd. Merseburg, 2. August. Als erster Vertreter der Regierungspräsidenten...

Unterhalt, 1. August. (Aus reiner Freude am Feuer) ist der 13jährige Schüler...

Sangerhausen, 1. August. Aufhebung eines Freizeits. Der Freizeits des Arztes Sangerhausen...

Weißenfels, 1. August. (Schwere Verletzungen) Gefährlich verlaufen gegen die Verletzungen...

Rebra, 31. Juli. (Zobesfura.) Am Braunföhrenwerk zu Wolzode...

Unterhalt, 1. August. (Vereinsung zweier Zeitungen) Durch die wirtschaftlichen...

Unterhalt, 1. August. (Vereinsung zweier Zeitungen) Durch die wirtschaftlichen...

zum Gefährlichen... Jede Woche hat ein Vertreter aus...

Unterhalt, 1. August. Der erste Teil des Haupt-Beziehens bringt verschiedene...

Unterhalt, 1. August. In dem ersten Anzuge wieder eine Schaar...

Unterhalt, 1. August. In dem ersten Anzuge wieder eine Schaar...

Unterhalt, 1. August. In dem ersten Anzuge wieder eine Schaar...

Unterhalt, 1. August. In dem ersten Anzuge wieder eine Schaar...

Unterhalt, 1. August. In dem ersten Anzuge wieder eine Schaar...

Unterhalt, 1. August. In dem ersten Anzuge wieder eine Schaar...

Unterhalt, 1. August. In dem ersten Anzuge wieder eine Schaar...

Schleissberg bei Bernau. In der Nacht zu gestern wurde das Schloss...

Freitag, 1. August. In dem ersten Anzuge wieder eine Schaar...

Schleissberg bei Bernau. In der Nacht zu gestern wurde das Schloss...

Schleissberg bei Bernau. In der Nacht zu gestern wurde das Schloss...

Schleissberg bei Bernau. In der Nacht zu gestern wurde das Schloss...

Schleissberg bei Bernau. In der Nacht zu gestern wurde das Schloss...

Schleissberg bei Bernau. In der Nacht zu gestern wurde das Schloss...

Aus Mitteldeutschland

Ein neuer Dorfbrand im Dammener Kreife

Ein großer Brand im denkwürdigen Dammener Kreis...

Ein vorheerendes Hagelwetter

Das Hagelwetter war ein furchtbares Ereignis...

Turnen, Spiel und Sport

Beim Turnen... Die Turnvereine...

